



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 12. Oktober 2012 (15.10)
(OR. en)**

**14658/2/12
REV 2**

**CO EUR-PREP 37
POLGEN 163**

VERMERK

| | |
|---------------|--|
| des | Vorsitzes |
| für den | AStV/Rat (Allgemeine Angelegenheiten) |
| <u>Betr.:</u> | <i>Bericht des Vorsitzes</i> <i>Umsetzung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates – Sachstand</i> |

Gegenstand dieses Berichts ist der Stand bei der Umsetzung der vorrangigen Leitlinien, die in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates enthalten sind, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf den wichtigsten Aufgaben liegt, die bis Ende des Jahres abgeschlossen werden sollen und an denen noch stets gearbeitet wird. Gegebenenfalls wird auch auf die nächsten Schritte und die Absichten des Vorsitzes hingewiesen.

Der Bericht wurde auf Veranlassung des Vorsitzes erstellt, damit der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) seine Aufgabe bei der bereichsübergreifenden Koordinierung in vollem Umfang wahrnehmen kann; er wird in die Vorbereitungsarbeiten für die Tagung des Europäischen Rates im Oktober einfließen.

o
o o

BEREICHSÜBERGREIFENDE THEMEN

1. **Mehrjähriger Finanzrahmen** – *Arbeiten laufen, Zeitplan dürfte eingehalten werden*

Der Europäische Rat hat auf seiner Juni-Tagung gefordert, dass die Verhandlungsbox weiter ausformuliert wird, damit bis Ende 2012 eine Einigung erzielt werden kann, und dass die Arbeit an den diesbezüglichen Gesetzgebungstexten beschleunigt wird. Die Arbeiten in der Gruppe der Freunde des Vorsitzes, im AStV und im Rat "Allgemeine Angelegenheiten" werden vorangetrieben, um die Verhandlungsbox bis zur Sondertagung des Europäischen Rates am 22./23. November zum Abschluss zu bringen; der Vorsitz wird demnächst Zahlenreihen in die Verhandlungsbox einsetzen. Der Präsident des Europäischen Rates wird im November bilaterale Konsultationen führen. Gleichzeitig werden die intensiven Verhandlungen über die 60 diesbezüglichen Gesetzgebungstexte fortgesetzt, damit vor Ende des Jahres Einigungen in Form von partiellen allgemeinen Ausrichtungen erzielt werden. Zugleich wurden informelle Trilogie mit dem Europäischen Parlament und der Kommission eingeleitet, bei denen finanzielle und nicht finanzielle Fragen streng voneinander getrennt werden. Das Gesamtziel besteht nach wie vor darin, bei allen Dossiers bis Jahresende so viele Fortschritte wie möglich zu erzielen, damit die entsprechenden sektoralen Rechtsvorschriften möglichst bald angenommen werden können.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

2. **"Zweierpaket "** – *Trilogie noch im Gange*

Der Europäische Rat hat auf seiner März-Tagung dazu aufgerufen, bis Juni 2012 die beiden noch nicht verabschiedeten Vorschläge, die auf eine stärkere Überwachung des Euro-Währungsgebiets abzielen, anzunehmen. Auch im Pakt für Wachstum und Beschäftigung werden diese Vorschläge als vorrangige Maßnahmen bezeichnet. Der Rat ist bereits im Februar zu einer allgemeinen Ausrichtung gelangt; nach der Probeabstimmung des EP im Juni finden derzeit Trilogie statt, um bis Jahresende zu einer Einigung in erster Lesung zu gelangen.

3. Bankenaufsicht – Arbeiten im Rat laufen

Wie auf der Juni-Tagung des Europäischen Rats vereinbart, haben die Arbeiten am Kommissionsvorschlag für einen gemeinsamen Aufsichtsmechanismus für Banken begonnen, der am 12. September angenommen wurde (eine zentrale Verordnung, mit der der EZB Aufsichtsbefugnisse übertragen werden, und eine zweite Verordnung zur Änderung der EBA-Verordnung). Für die betreffenden Fragen wurde eine Ad-hoc-Gruppe eingesetzt. Der Vorsitz will rasch Fortschritte erzielen, um bis Jahresende zu einer Einigung zu gelangen und den gemeinsamen Aufsichtsmechanismus am 1. Januar 2013 in Kraft treten zu lassen.

4. Eigenkapitalanforderungen – Trilogie im Gange

Der Europäische Rat hat auf seiner März-Tagung gefordert, angesichts des Ziels, ein gemeinsames Regelwerk zu schaffen und zu gewährleisten, dass Basel III rechtzeitig und konsequent umgesetzt wird, bis Juni 2012 eine Einigung über die Vorschläge betreffend die Eigenkapitalanforderungen für Banken zu erzielen. Der Rat ist bereits im Mai zu einer allgemeinen Ausrichtung gelangt, und es sind Trilogie mit dem EP im Gange, um vor Jahresende eine Einigung in erster Lesung zu erzielen.

5. MiFID – Arbeiten im Rat laufen

Der Europäische Rat hat auf seiner März-Tagung in Anbetracht des Ziels, ein gemeinsames Regelwerk zu schaffen, eine Einigung über die Vorschläge betreffend Märkte für Finanzinstrumente bis Jahresende gefordert. Die Arbeiten im Rat schreiten voran, und eine allgemeine Ausrichtung dürfte bis November zu erreichen sein, so dass die Verhandlungen mit dem EP zum Jahresende beginnen können.

6. Ratingagenturen – Trilogie im Gange

Der Europäische Rat hat auf seiner März-Tagung gefordert, so bald wie möglich Änderungen an der Verordnung über Ratingagenturen anzunehmen. Nachdem im Rat im Mai eine allgemeine Ausrichtung erzielt wurde, sind derzeit Trilogie mit dem EP im Gange. Eine Einigung in erster Lesung vor Jahresende dürfte möglich sein.

7. **Institutionelle Zusammenarbeit zur Umsetzung des Pakts – *im Gange***

Der Europäische Rat hat auf seiner Juni-Tagung eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Organen gefordert, damit die zügige Umsetzung der Bestimmungen des Pakts für Wachstum und Beschäftigung, für die EU-Gesetzgebungsakte erforderlich sind, gewährleistet werden kann. Ein entsprechender Entwurf einer Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission wurde ausgearbeitet und vom Rat im Oktober gebilligt; der Vorsitz hat den Text dem EP übermittelt.

8. **Patentschutz – *abschließende Gespräche mit dem EP***

Der Europäische Rat hat wiederholt eine Einigung über das Paket für den einheitlichen Patentschutz gefordert, das aus einer Verordnung über die Verstärkte Zusammenarbeit bei der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes, einer Verordnung über die anzuwendenden Übersetzungsregelungen und dem Übereinkommen über die Schaffung eines einheitlichen Patentgerichts besteht. Auf der Juni-Tagung des Europäischen Rates wurde eine Einigung über die Frage des Sitzes des einheitlichen Patentgerichts und die Streichung der Artikel 6 bis 8 der Verordnung über den einheitlichen Patentschutz erzielt. Derzeit werden Gespräche mit dem EP über eine Einigung über die Verordnung über den einheitlichen Patentschutz geführt; die Abstimmung im Plenum des EP könnte im Herbst stattfinden. Die endgültige Annahme des Pakets und die Unterzeichnung des Übereinkommens über die Schaffung eines einheitlichen Patentgerichts werden voraussichtlich im Dezember erfolgen.

9. **Risikokapital und Europäischer Fonds für soziales Unternehmertum – *abschließende Gespräche mit dem EP***

Die Vorschläge über Risikokapital und den Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum wurden vom Europäischen Rat als vorrangige Maßnahmen bezeichnet, über die im Juni 2012 eine Einigung erzielt werden sollte. Der dänische Vorsitz hat am 28. Juni 2012 eine vorläufige Einigung (ad referendum) mit dem EP erzielt; diese hat sich jedoch in der Folge als für den AStV unannehmbar erwiesen. Der zyprische Vorsitz berät derzeit mit den Mitgliedstaaten und den anderen Organen über eine Lösung der einzigen noch offenen Frage (Steuerregelung für in Betracht kommende Drittländer). Eine solche Lösung würde die Annahme der Dossiers bis Jahresende ermöglichen.

10. Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten – Trilogie im Gange

Der Europäische Rat hat auf seiner März-Tagung das Ziel vorgegeben, bis Juni 2012 zu einer Einigung über die Vorschriften für die Online-Streitbeilegung zu gelangen. Bis zum Sommer wurde eine allgemeine Ausrichtung erzielt, und Trilogie mit dem EP sind im Gange, um im Dezember zu einer Einigung in erster Lesung über das Paket betreffend die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und die Vorschriften zur Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten zu gelangen.

11. Rechnungslegungsrichtlinie – Trilogie sollen beginnen

Der Europäische Rat hat auf seiner März-Tagung eine Einigung über die Vereinfachung der Rechnungslegungsanforderungen bis Ende Juni 2012 gefordert. Zwar hat der ASfV im Mai ein Mandat für Trilogie gebilligt, die Verhandlungen mit dem EP konnten jedoch nicht aufgenommen werden; im Juni wurde eine allgemeine Ausrichtung angenommen. Nach der im September erfolgten Abstimmung im EP-Ausschuss haben die Trilogie im November begonnen, damit bis Jahresende eine Einigung in erster Lesung erzielt werden kann.

12. Öffentliche Auftragsvergabe – Arbeiten im Rat laufen

Das Paket über die öffentliche Auftragsvergabe, das drei Vorschläge umfasst, stellt eine der vorrangigen Maßnahmen der Binnenmarktakte I dar. Seine zügige Annahme ist im Pakt für Wachstum und Beschäftigung vorgesehen. Derzeit wird im Rat an allen drei Vorschlägen gearbeitet. Die Abstimmung im EP-Ausschuss IMCO wurde auf Ende November/Anfang Dezember 2012 verschoben. Dadurch wird eine Einigung in erster Lesung bis Ende 2012 – wie vom Vorsitz anfänglich vorgesehen – praktisch unmöglich; nunmehr wird angestrebt, bis Ende 2012 eine allgemeine Ausrichtung zu dem Gesamtpaket zu erreichen.

13. Berufsqualifikationen – Arbeiten im Rat laufen

Im Pakt für Wachstum und Beschäftigung wird anerkannt, dass der Vorschlag über die Anerkennung von Berufsqualifikationen Vorrang hat; er ist ferner eine der vorrangigen Maßnahmen der Binnenmarktakte I, für deren Annahme der Europäische Rat den Dezember 2012 als Zielzeitpunkt vorgegeben hatte. Auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) im Mai fand eine Orientierungsaussprache statt; der Vorsitz treibt die Arbeiten auf fachlicher und politischer Ebene voran. Die Abstimmung des EP-Ausschusses IMCO ist für den 28. November 2012 angesetzt. Für die Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) im Dezember ist ein Sachstandsbericht geplant. In Anbetracht der Komplexität des Vorschlags und des Zeitplans des EP bedarf es für raschere Fortschritte im Einklang mit den vom Europäischen Rat vereinbarten Zielen weiterer politischer Impulse.

14. Elektronische Signatur – Arbeiten im Rat laufen

Der Vorschlag über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt stellt eine der vorrangigen Maßnahmen der Binnenmarktakte I dar, deren möglichst baldige Annahme im Pakt für Wachstum und Beschäftigung gefordert wird. Der Vorschlag wurde von der Kommission am 4. Juni 2012 angenommen, und die Ratsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen. Der Vorsitz plant für die Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) im Dezember die Annahme eines Sachstandsberichts.

15. Entsendung von Arbeitnehmern – Arbeiten im Rat laufen

Der Vorschlag für eine *Richtlinie zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern* wurde von der Kommission am 21. März 2012 angenommen. Er ist eine der vorrangigen Maßnahmen der Binnenmarktakte I, für deren Annahme der Europäische Rat den Dezember 2012 als Zielzeitpunkt vorgegeben hatte. Die Arbeiten auf fachlicher Ebene werden fortgesetzt, und der Vorsitz plant für den EPSCO-Rat im Dezember entweder eine allgemeine Ausrichtung oder einen Sachstandsbericht.

16. Binnenmarktakte II – Prüfung im Rat soll beginnen

Wie im Pakt für Wachstum und Beschäftigung angekündigt, hat die Kommission am 3. Oktober 2012 ihre Mitteilung über weitere wachstumssteigernde Maßnahmen als Teil der zweiten Binnenmarktakte angenommen und zugesagt, alle Gesetzgebungsvorschläge bis zum Frühjahr 2013 vorzulegen. Der zyprische Vorsitz möchte sich durch die Annahme von Schlussfolgerungen auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) im Dezember mit der Binnenmarktakte II befassen.

17. Dienstleistungen – Arbeiten bei der Kommission im Gange

Die Kommission arbeitet derzeit an der Umsetzung ihrer Mitteilungen über Governance und Dienstleistungen, wozu als wesentlicher Beitrag ein erster Jahresbericht als Teil des Wachstumsberichts später in diesem Jahr gehört.

18. Intelligente Rechtsetzung – Mitteilung der Kommission wird erwartet

Gemäß dem Pakt für Wachstum und Beschäftigung wird die Kommission bis Ende 2012 eine Mitteilung über weitere Schritte im Bereich "intelligente Rechtsetzung", einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung von Kleinstunternehmen, vorlegen.

19. Einheitlicher Innovationsindikator – Kommissionsdokument steht noch aus

Der Europäische Rat rief auf seiner März-Tagung dazu auf, die Anstrengungen im Hinblick auf die baldige Erstellung und den baldigen Einsatz des Verzeichnisses der EU-finanzierten FuE-Projekte und des einheitlichen Innovationsindicators zu verstärken. Mit dem Kommissionsvorschlag betreffend den Innovationsleitindikator wird für Ende 2012 gerechnet; je nach Vorlagezeitpunkt könnte der Vorschlag auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) im Dezember erörtert werden.

20. Urheberrecht – Arbeiten im Rahmen des Rates laufen

Wie vom Europäischen Rat auf seiner März-Tagung gefordert, hat die Kommission am 12. Juli 2012 einen Vorschlag über kollektive Wahrnehmung von Schutzrechten verabschiedet und ihn am 13. September 2012 im AStV vorgestellt. Die Arbeiten im Rat haben auf fachlicher Ebene begonnen.

21. Transeuropäische Energieinfrastruktur – Trilogie sollen beginnen

Der Europäische Rat hatte auf seiner Juni-Tagung eine rasche Einigung über die Verordnung betreffend die transeuropäische Energieinfrastruktur gefordert. Die Verordnung ist eine der vorrangigen Maßnahmen der Binnenmarktakte I, für deren Annahme der Europäische Rat den Dezember 2012 als Zielzeitpunkt vorgegeben hatte. Im Anschluss an die Abstimmung im EP-Ausschuss im September und die Billigung des Mandats durch den AStV sollen die Trilogie im Oktober aufgenommen werden mit dem Ziel, bis Jahresende zu einer Einigung in erster Lesung zu gelangen.

22. Energiebinnenmarkt – Mitteilung der Kommission steht noch aus

Wie auf der März-Tagung des Europäischen Rates festgestellt, wird die Kommission am 14. November 2012 eine Mitteilung mit einer Bewertung des Grades der Liberalisierung und der Integration des Energiebinnenmarktes herausgeben. Darin wird auf die Hindernisse eingegangen, die der Einhaltung des vom Europäischen Rat vorgegebenen Zieltermins 2014 entgegenstehen. Der Bericht wird eine länderbezogene Analyse und einen Aktionsplan mit konkreten Kriterien enthalten. Der Vorsitz beabsichtigt, dieses Thema auf der Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) im Dezember zu behandeln.

23. Kapitalaufstockung der EIB – Arbeiten laufen, Zeitplan dürfte eingehalten werden

Im Pakt für Wachstum und Beschäftigung ist vorgesehen, dass das eingezahlte Kapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) mit einem Beschluss des Rates der Gouverneure der EIB, der vor Jahresende in Kraft treten dürfte, um 10 Mrd. EUR erhöht werden soll. Das Verfahren auf der Grundlage des Artikels 308 AEUV ist im Gange und soll bis Jahresende abgeschlossen sein. Die gestiegene Darlehenskapazität der Bank wird sich bereits in ihrem Darlehensprogramm niederschlagen. Der Rat der Gouverneure der EIB wird im November den nächsten dreijährlichen Geschäftsplan erörtern, in dem über den jährlichen Umfang der Darlehensvergabe, die sektorbezogenen Prioritäten und die Risikoteilungsinstrumente entschieden wird. Die Bank wird ferner ihre technische und finanzielle Beratungstätigkeit verstärken, um bei der Projektverwirklichung und bei Realinvestitionen behilflich zu sein. Die Kapitalaufstockung wird die Grundlage für eine neue Fazilität für Wachstum und Beschäftigung bilden, die der EIB zufolge 60 Mrd. EUR bereitstellen dürfte, die zusätzliche Investitionen in Höhe von bis zu 180 Mrd. EUR in Innovation und Kompetenzen, Zugang zu Finanzmitteln, Ressourceneffizienz und strategische Infrastrukturen auslösen sollen.

24. Projektanleihen – Arbeiten in den TEN-Ausschüssen laufen

Die betreffenden Ausschüsse (TEN-T und TEN-E) haben bereits einen Beitrag von 100 Mio. EUR für Projektanleihen im Verkehrsbereich und von 10 Mio. EUR für den Energiebereich bewilligt. Die Kooperationsvereinbarung mit der EIB soll Ende Oktober unterzeichnet werden, und die EIB arbeitet nunmehr bereits seit Monaten an der Projektplanung, um sicherzustellen, dass die Projekte zügig in Gang kommen können. Die verbleibenden 120 Mio. EUR sollen Anfang nächsten Jahres bereitgestellt werden. Es wird mit einer Multiplikatorwirkung um das Fünfzehn- bis Zwanzigfache gerechnet, so dass 100 Mio. EUR letztendlich Investitionen von bis zu 2 Mrd. EUR generieren dürften.

25. Strukturfonds – Arbeiten auf Ebene der Kommission und der Mitgliedstaaten laufen

Was die Haushaltsmittel für die Strukturfonds in Höhe von 55 Mrd. EUR angeht, so arbeitet die Kommission bereits im Vorfeld mit den Mitgliedstaaten zusammen, um zu gewährleisten, dass die Mittel rasch und wirksam bereitgestellt werden können. Mehrere Mitgliedstaaten haben vorzeitige Projekte lanciert und sind praktisch in der Lage, einen Großteil der Mittel für 2013 zuzuweisen. Wir rechnen – grob geschätzt – damit, dass etwa 50 % der Mittel für vorrangige Infrastrukturvorhaben (Schiene, Breitband, Energie und Umwelt), 25 % für Forschung, Innovation, KMU und IT-Dienste und 25 % für Maßnahmen in Bezug auf Arbeitsmarkt, Humankapital und soziale Inklusion verwendet werden.

26. Verstärkte Zusammenarbeit in Bezug auf die Finanztransaktionssteuer – Antrag auf Begründung einer Verstärkten Zusammenarbeit steht noch aus

Wie im Pakt für Wachstum und Beschäftigung vermerkt, beabsichtigen mehrere Mitgliedstaaten, einen Antrag auf Begründung einer Verstärkten Zusammenarbeit in Bezug auf den Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer zu stellen. Sobald die Kommission einen Antrag von mindestens neun Mitgliedstaaten erhält, kann sie den Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Ermächtigung der Verstärkten Zusammenarbeit vorlegen. Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments wird sich der Vorsitz sodann bemühen, dafür zu sorgen, dass der Beschluss, wie im Pakt gefordert, im Dezember 2012 angenommen werden kann.

27. Besteuerung von Zinserträgen – Arbeiten im Rat laufen

Der Europäische Rat hatte bereits mehrfach eine rasche Einigung über die Verhandlungsrichtlinien für Abkommen mit Drittländern (Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino) über die Besteuerung von Zinserträgen gefordert. Dies ist auch im Pakt für Wachstum und Beschäftigung als vorrangige Maßnahme aufgeführt. Die Beratungen über das weitere Vorgehen werden derzeit mit dem Ziel geführt, dass der Rat das Mandat für die Aufnahme dieser Verhandlungen annehmen kann.

28. Energiebesteuerung – Arbeiten im Rat laufen

Der Kommissionsvorschlag wurde im April 2011 vorgelegt. Als Reaktion auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2012 wurden die Beratungen in der Ratsgruppe vorangebracht. Zur Unterstützung der Beratungen hat der Vorsitz am 28. September 2012 einen Kompromissvorschlag zum gesamten Text vorgelegt.

29. Steuerhinterziehung – Schlussfolgerungen des Rates werden derzeit ausgearbeitet

Entsprechend der Ankündigung im Pakt für Wachstum und Beschäftigung hat die Kommission am 2. Juli 2012 eine Mitteilung über konkrete Maßnahmen zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – auch in Bezug auf Drittstaaten – verabschiedet. Auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) im November sollen Schlussfolgerungen des Rates angenommen werden, in denen festgelegt wird, welche Maßnahmen in Bezug auf Steuerbetrug und Steuerhinterziehung Vorrang erhalten sollten.

30. Gemeinsames Europäisches Asylsystem – Trilogie zu den meisten Komponenten laufen

Der Europäische Rat bestätigte auf seiner Juni-Tagung das Ziel einer Fertigstellung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems bis Ende 2012. Bei allen Komponenten des Systems sind beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen. Das Legislativverfahren in Bezug auf die Anerkennungsrichtlinie ist abgeschlossen. Über die Richtlinie über Aufnahmebedingungen wurde im Juli eine Einigung mit dem Europäischen Parlament erzielt. Die Trilogie zur Asylverfahrensrichtlinie sind eingeleitet worden. Was die Dublin-Verordnung angeht, so werden die Trilogie zu der noch offenen Komitologiefrage nun, da der AStV am 11. Oktober den Standpunkt des Rates angenommen hat, in Kürze beginnen. Was schließlich die Eurodac-Verordnung betrifft, so hat der AStV das Verhandlungsmandat ebenfalls am 11. Oktober gebilligt. Die Trilogie werden aufgenommen, sobald das Europäische Parlament seinen Standpunkt festgelegt hat. Nach wie vor wird angestrebt, alle Dossiers bis Jahresende zum Abschluss zu bringen.

31. Verwaltung des Schengen-Systems – Trilogie im Gange/allgemeine Ausrichtung

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung vom Juni 2011 die Vorschläge zur Verwaltung des Schengen-Systems (Evaluierungsmechanismus und vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen) als Prioritäten benannt. Nachdem auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom Juni 2012 eine inhaltliche Einigung über die beiden Vorschläge erzielt wurde, wurden die Arbeiten an diesen beiden Dossiers und einer Reihe weiterer Dossiers vom Europäischen Parlament ausgesetzt. Infolge aufeinander abgestimmter Bemühungen des Vorsitzes und des Präsidenten des Europäischen Parlaments wurden im Anschluss an einen Beschluss der Konferenz der Präsidenten im September die Verhandlungen über die fünf Dossiers wieder aufgenommen. Die ersten Fachsitzungen und der erste Trilog zum Evaluierungsmechanismus bzw. zur vorübergehenden Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen haben bereits stattgefunden.

32. Halbzeitüberprüfung des Stockholmer Programms – Bericht des Vorsitzes wird derzeit ausgearbeitet

Der Europäische Rat hatte die Kommission im Dezember 2009 ersucht, spätestens im Juni 2012 eine Halbzeitüberprüfung des Stockholmer Programms zu unterbreiten. Der Vorsitz beabsichtigt, unter seiner Verantwortung eine Halbzeitüberprüfung im Hinblick auf die Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im Dezember auszuarbeiten.

33. Schengen-Erweiterung – Arbeiten im Rat laufen

Der Europäische Rat rief auf seiner März-Tagung dazu auf, dass im September 2012 der Beschluss über die vollständige Anwendung des Schengen-Besitzstands auf Bulgarien angenommen wird. Da die Tagung des Rates (Justiz und Inneres) im September annulliert wurde, soll dieses Thema nunmehr auf der Tagung des JI-Rates im Oktober erörtert werden. Dabei wird der Rat die Fortschritte überprüfen. Der Vorsitz wird vor der Ratstagung auf Grundlage von Informationen Rumäniens und Bulgariens aktuelle Informationen zu den Maßnahmen vorlegen, die zu einer erfolgreichen Erweiterung des Schengen-Raums beitragen werden.

HANDEL

34. Handelsabkommen – Arbeiten im Rat laufen

Im Pakt für Wachstum und Beschäftigung wurden Aushandlung, Unterzeichnung und Abschluss von Handelsabkommen als vorrangige Maßnahme benannt. Im Pakt wird auf das Ziel verwiesen, die Verhandlungen mit Singapur und Kanada bis Ende des Jahres zum Abschluss zu bringen, was in Anbetracht der derzeitigen Fortschritte möglich scheint. Die Beratungen in Bezug auf die verschiedenen bilateralen und multilateralen Verhandlungen gehen weiter, und die Kommission berichtet regelmäßig über die erzielten Fortschritte. Was die USA anbelangt, so wird erwartet, dass die hochrangige Arbeitsgruppe alle Optionen einer Verstärkung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und USA bewerten wird. Die Gruppe hat am 19. Juni 2012 einen Zwischenbericht vorgelegt; mit dem Abschlussbericht wird für Ende des Jahres gerechnet. Was Japan anbelangt, so hat die Kommission dem Rat am 20. Juli 2012 einen Vorschlag zur Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Japan vorgelegt, und die zuständigen Ratsgremien haben mit den Beratungen begonnen. Ferner wurden Abkommen mit Peru und Kolumbien unterzeichnet, und die Kommission hat ferner das weit reichende und umfassende Freihandelsabkommen mit der Ukraine paraphiert.

**35. Neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten in Bezug auf die Nachbarregionen –
*Arbeiten laufen***

Im Oktober 2011 hat der Rat zur Eröffnung neuer Handels- und Investitionsmöglichkeiten in Bezug auf die Nachbarregionen aufgerufen. Die Handelsverhandlungen mit Georgien und Moldau wurden im Februar 2012 aufgenommen. Die erste Runde der Verhandlungen mit Armenien fand im Juni 2012 statt.

Was die Länder des südlichen Mittelmeerraums anbelangt, so hat der Rat "Auswärtige Angelegenheiten" (Handel) am 14. Dezember 2011 Verhandlungsrichtlinien im Hinblick auf weit reichende und umfassende Freihandelsabkommen mit Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien angenommen. Über die Aufnahme der Verhandlungen ist zu entscheiden, sobald die Vorstudien abgeschlossen sind. Die Vorstudien zu Marokko, Tunesien und Jordanien sind bereits im Gange.

36. Investitionspolitik – *Arbeiten im Rat laufen*

Im Oktober 2011 hat der Europäische Rat erklärt, dass die EU eine umfassende Investitionspolitik entwickeln sollte, die auf Liberalisierung und Schutz von Investitionen als Bestandteil der gemeinsamen Handelspolitik der Union abzielt. In diesem Zusammenhang laufen derzeit Investitionsverhandlungen im Rahmen der Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Indien, Kanada und Singapur.

37. Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen – *Arbeiten im Rat laufen*

Im Pakt für Wachstum und Beschäftigung ist vorgesehen, dass der Vorschlag der Kommission betreffend den Zugang zu Beschaffungsmärkten in Drittstaaten rasch geprüft werden sollte. Die Beratungen im Rat über den von der Kommission am 26. März 2012 vorgelegten Vorschlag sind im Gange.

38. Handelspräferenzen für Pakistan – Abschluss des Gesetzgebungsprozesses steht bevor

Im Einklang mit der Zusage des Europäischen Rates¹, ausschließlich Pakistan einen umfangreicheren Marktzugang zur EU und eine befristete Senkung der Zölle auf wichtige Einfuhren aus dem Land zu gewähren, wurde Einvernehmen über eine Verordnung zur Einführung autonomer Handelspräferenzen für Pakistan erzielt; nach der Annahme soll die Veröffentlichung bis Mitte November erfolgen.

¹ Siehe Erklärung des Europäischen Rates zu Pakistan vom 16. September 2010 (Dok. EUCO 21/10).